

Verkauf der Bücher.
 Die in diesem Hefen enthaltene Sammlung von 1000 Stück...
 Preis 47,000 Stück.

Dresdner Nachrichten

Künstl. arrang. fotogr. Aufnahmen
 von Festzugs-Gruppen etc.
Adolf Hoffmann, fotogr. Atelier, am Moritz-Monument.
 Dresden 1889.



Preuss & Brendecke, Dresden,
 König-Johannstrasse 2, part. u. I. Et.
 in gros Posamenten und Knöpfe in detail
 Eigene Anfertigung von Posamenten.

Glaswaaren
 jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfohlen in reichhaltiger Auswahl
Willh. Rühl & Sohn,
 Neumarkt II. Fernsprechkstelle 1110.

Lederwaaren-Specialität!
 Grösste Auswahl in Portemonnaies, Cigarrenetuis, Brieftaschen, Damentaschen, Reisetaschen etc., Photographie-Alboms.
Bernhard Rüdiger, Photographierstr. 2.

Carl Wendschuch, nur Trompeterstr. 18, Bandagist und Verfertiger chirurgischer Instrumente und orthopädischer Apparate, als: Corsets, Gerüdehalter, Beinschienen, künstliche Arme, Beine, Stelzfüsse etc. Fabrikant von Hörrohren, Massage-Apparaten, Arbeiter-Schutzmasken und Schutzbrillen, sowie sämtlichen Artikeln zur Krankenpflege.

Nr. 166. Spiegel. Verstaatlichung der Kohlenwerke, Deutsch-schweizerischer Streitfall, Wahlereigniss in Belgien, Sonntagsnachrichten, Synopogramm, Landtagsverhandlungen, Ausstellung des Festzuges, Schützen durch Volkensbrüche, Eisenbahnextrajüge, Gerichtsverhandlungen. **Sonnabend, 15. Juni.**

Politik.
Gegen die Verstaatlichung einzelner Industriezweige, namentlich aber gegen diejenige der Kohlenbergwerke haben wir uns neulich entschieden erklärt. Gleicher Ansicht ist auch der oltgenannte Politiker Graf Fred Frankenberg. Derselbe empfiehlt statt dieser Massregelung eine gezielte Regelung des Ertrages der Gruben unter Gewinnbeteiligung der Arbeiter. Nach diesem Vorschlag soll der Ertrag eines Kohlenwerkes auf 4 Prozent des darin angelegten Kapitals festgesetzt werden. Diefert das Kohlenwerk einen 4 Prozent übersteigenden Ertrag, so sollen an dem Mehrertrag die Arbeiter einen Gewinn haben. Der Staat garantiert einen Ertrag von 3 Prozent und schiebt im Bedarfsfälle das Fehlende zu. Die Ausführung dieses Gedankens bietet dem Grafen Frankenberg zufolge gewichtige Vorteile: Er gewährt dem Staate, als dem Beschützer der Bevölkerung, Recht genug, um den Kohlenbergbau im Interesse derselben zu beaufsichtigen und regeln zu können, entzieht aber nicht einen der wichtigsten Theile des Nationalvermögens durch ein Monopol, wie es die Verstaatlichung der Gruben wäre, dem privaten Besitze. Er weidert die großen Gefahren, welche mit dem immer wachsenden Umfange der Staatsbetriebe verbunden sind. Er giebt dem gefährlichen und oft mit finanziellen Risiko verbundenen Gewerbe des Bergbaues die feste und sichere Grundlage, welche für dasselbe durchaus notwendig ist. Ferner entzieht er die Bergwerksaktien dem Börsenspiel und der wilden Spekulation, welche heute damit getrieben wird. Er muß zweifellos eine Gleichmächtigkeit und Stetigkeit im Preise der Kohlen herbeiführen, welche volkwirtschaftlich von höchster Wichtigkeit ist. Weiter bietet er dem Kapitalisten die erwünschte Gelegenheit, im Vaterlande wieder eine sichere Anlage für seinen Besitz zu finden, welche ihm ermöglicht, sein Geld nicht ins Ausland zu tragen, da sie auch der Gefahr der Konvertierungen nicht demüt ausgesetzt ist, wie alle Staatspapiere und Währungsnoten u. s. w. Endlich unternimmt er die Lösung des grossen Problems der Beschäftigung der Arbeiter am Untereinandergehalt. Das Deutsche Reich — denn auch diese soziale Aufgabe müßte wohl denselben zufallen — gewönne den Nutzen, auch hier im großen Stille bahnbrechend vorzugehen. Jedenfalls ist diese Anregung nicht der schlechteste Gedanke; er bedürfte aber einer genaueren Verarbeitung.

Bezüglich des Konfliktes, der anläßlich des „Falles Wohlge-muth“ zwischen dem Deutschen Reiche und der Schweiz ausgebrochen ist, mehren sich die gemäßigten Stimmen, welche vor der Anwendung von Repressalien warnen, die gleichzeitig mit der Schweiz auch das deutsche Publikum und nicht zuletzt auch den deutschen Handel treffen würden. So viel aus den in der ledigen Angelegenheit geführten diplomatischen Verhandlungen an die Öffentlichkeit gedrungen, ist es der deutschen Regierung nicht allein darum zu thun gewesen, eine Genugthuung für die einem deutschen Beamten durch schweizerische Unterbehörden zugefügte Anbill zu erlangen, vielmehr hat die deutsche Regierung die Affaire als einen ihr gewiss nicht unwillkommenen Anlaß benutzt, von der Schweiz Zugeständnisse bezüglich einer vom deutschen Standpunkte zur Abwehre sozialistischer Bestrebungen dringend wünschenswerthen schärferen Durchsicht der Fremdenpolizei zu erreichen. Daß man neuerdings die Wichtigkeit der Mittelstellung, daß Deutschland die Aufhebung der Ausweisung Wohlge-muth verlangt habe, behauptet, dürfte ganz dieselbe Auffassung entsprechen. Sollte Deutschland in Wirklichkeit nicht auf einer Aufhebung des Ausweisungsbefehls bestehen, so wäre dadurch der Streitfall bedeutend vereinfacht. Es handelte sich dann lediglich noch darum, daß die Schweiz gezwungen würde, Deutschland das Recht einzuräumen, die in der Schweiz lebenden Deutschen, die dem Reiche Gefahren bringen könnten, durch deutsche Polizeigenossen überwachen zu dürfen, und daß die Schweiz sich zu gewissen Garantien rüchentlich der Fremdenpolizei verpflichte. Nur diese Forderungen hätte Deutschland, wie der den Schweizer Regierungskreisen nachsehende „Wund“ wissen will, an die Schweiz gestellt. Man kann diese Forderungen nur als maßvoll bezeichnen, zumal im Hinblick auf den vor Kurzem an dieser Stelle sich abspielenden, wenig Vertrauen erweckenden Zustand, in dem sich die Schweizer Polizei befindet. Zudem steht Deutschland mit diesen Forderungen nicht allein da. Schon zu wiederholten Malen hat Rußland ähnliche Wünsche dem Bundesrathe gegenüber mit Nachdruck geäußert, ohne freilich deren Erfüllung erlangt zu haben. Auch jetzt unterstützt Rußland, so wie wenigstens aus dem Vorn gemeldet, und zwar im Verein mit Italien und Oesterreich das Verlangen Deutschlands auf Einföhrung strengerer Maßregeln gegen die in der Schweiz lebenden Fremden. Die Schweiz freilich wehrt sich eifervtätig gegen jedes Ansuchen, das den Ansehen hat, als wenn es das ihr gewährte Selbstrecht beeinträchtigen könnte. Diefmal wird ihr jedoch ihr Sträubwenig nützen. Die Enthüllungen in Folge der Züricher Bomben-Affaire haben selbst in liberalen Schweizer Kreisen Bedenken gegen die Fortdauer des jetzigen Zustandes erweckt. Unter solchen Umständen, sollte man denken, müßte es der deutschen Diplomatie doch noch gelingen, einen Ausgleich mit der Schweiz herbeizuföhren, ohne daß zu einer so zweifelhaften Repressalienregel, wie es eine Grenz- und Paß-Blockade sein würde, gegriffen werden müßte. Man macht der Reichsregierung wahrlich kein Kompliment, wenn man von ihr voransieht, daß sie keinen anderen Ausweg finden könnte, als eine Maßregel, die die deutschen Interessen nahezu gerade so schwer schädigt, als die zu strafende Schweiz. Es handelt sich ja nicht allein um die Tausende von Touristen, die alljährlich in der Schweiz Erholung suchen, sondern namentlich um

eine Schädigung deutscher Erwerbsinteressen. Im Jahre 1887 betrug die Ausfuhr aus Deutschland in die Schweiz 263,617,069 Franken; die Einfuhr aus der Schweiz nach Deutschland 161,867,860 Franken! Im verfloffenen Jahre stellten sich die beiden Posten wie 283,771,416 und 164,486,898. Das sind Zahlen, die nachdrücklich vor übertriebenen Massnahmen warnen.
 In den antiklerikalen Kreisen Belgiens herrscht heller Jubel über den Ausfall der am Dienstag vorgenommenen Erstwahl eines Deputirten der Hauptstadt Brüssel. Die vereinigten liberalen Parteien hatten in der Stichwahl einen glänzenden Sieg über die Merkmalen erlangt. Nicht darin liegt die Bedeutung dieser Wahl, daß man sie als eine in die bisherige liberale Vertretung der belgischen Hauptstadt gleichgiltige Besetzung siebt, sie wird vielmehr als ein Enttäuschungszeichen des gesammten belgischen Volkes aufgefaßt, welches empfindet, daß es nicht zu charakterisierenden Verfahren des liberalen Ministeriums, das erwirkentmaßen durch bezahlte Agenten die Leidenschaften des arbeitenden Volkes hatte aufreizen lassen, um durch eine blutige Unterdrückung der dadurch hervorgerufenen Aufstandsbewegung sich als Herrscher des Vaterlandes auszuweisen zu können. Die liberale Kammermehrheit hat sich zum Ausschließen dieses „Spezialministeriums“ gemacht, als sie bemerken konnte, daß die durch den Minister vorgeschlagenen Maßnahmen ihre Berechtigung verlor. Die Bevölkerung aber sah in letzter Instanz ihrer Kammer und Ministerium zu Gericht, indem sie die liberale Partei bei der so bedeutungsvollen Brüsseler Wahl verurteilte. Würden gegenwärtig in Belgien Remontrances ausgeschrieben, so bedeutete dies zweifellos den Sturz des jetzigen liberalen Kabinetts, und darin liegt das Symptomatische dieser Wahl. Das Bestreben der liberalen Parteien geht demzufolge dahin, das Ministerium zur Abdankung zu zwingen und womöglich den König zu veranlassen, Neuwahlen anzubeden. „Der Enttäuschungsdruck des Volkes“, heißt es in einer Brüsseler Korrespondenz, „soll über die Niederlage der Republikaner hinweg bis zu den Ohren des Königs dringen, mit gebieterischer Stimme die Entlassung des Ministeriums fordern, welches durch die Enthüllungen des Prozesses von Konst sich mit unaußwähllicher Schande bedeckt hat, sowie die Auflösung der Kammer, welche durch Ausstellung des Vertrauensvotums an dieser Schande Antheil genommen hat.“ Nächsten Dienstag wird der neugewählte Brüsseler Abgeordnete Janon einen Antrag einbringen, das Ministerium in Anklagezustand zu versetzen. Das ist der erste Sturm-lauf, dem bald andere Angriffe folgen werden.

Neueste Drahtberichte der „Dresdner Nachr.“ vom 14. Juni.
 Berlin. Der Kaiser wird sich am 18. ds. M. nach der Heimreise an den Festlichkeiten von hier nach Dresden begeben, aber bereits in der Nacht zum 19. ds. M. von dort wieder nach Berlin bez. Schloß Friedrichshagen zurückkehren. — Morgen als am Sterbetage Kaiser Friedrich's findet auf kaiserlichen Befehl in der Friedrichs-stiche zu Potsdam eine Gedächtnisfeier statt, an welcher der Kaiser und die hier anwesenden Prinzen und Prinzessinnen Theil nehmen werden. — Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht einen amtlichen Bericht des Gouvernementspräsidenten v. Meißner über das Geseht und die Erfüllung des beauftragten Lager von Pulver am 8. Mai ds. J. Der Bericht lautet: Das Verhalten der Offiziere und Mannschaften war tadellos. Der Krieg in ungünstigem Terrain und tropischer Hitze war in hohem Grade anstrengend. Soweit es jedoch zum Angriff ging, war jede Mühseligkeit beiseite und wurde der Sturm mit großer Begeisterung von allen Mannschaften ausgeführt. Dem rüchlichst-gefallenen schnellen Vorgehen der Offiziere und Mannschaften sind die an Zahl verhältnißmäßig geringen Verluste zu verdanken.
 Berlin. Die Kaiserin hat sich eine Augenoperation vorgenommen, welche sie am Gehen verhindert. Die Verletzung giebt zu Besorgnissen keinen Anlaß. — Wie sehr verlaunt, wird sich der Kaiser vor seiner Reise nach England zu einem mehrwöchentlichen Aufenthalt nach Norwegen begeben. Hierzu sollen ihm besonders seine Beibehalter genossen haben. — Eine Anzahl Herren, darunter der Reichspräsident v. Bismarck sowie der Präsident des Reichsbankvereins, Herzog von Siedow, haben zu einer Versammlung angeleglicher Bürger beifüss Bildung eines Hilfskomitees für die Verunglückten vom Jobstodten ein. Die Versammlung soll am Montage im hiesigen Rathhause stattfinden. — Gegenüber der Behauptung der Agence Havas, daß der von der französischen Regierung als Minister-Ordnung für Konink engagirte deutsche Dr. Wöwenhaft in Frankreich seine Naturalisation nachgesucht habe, theilt die „Welt“ die bestimmte Erklärung Wöwenhaft's mit, daß er die deutsche Nationalität nicht aufzugeben gedenke.

München. Kaiser Franz Josef von Oesterreich legte heute Nachmittag auf den Sarg der verstorbenen Königin-Mutter einen prachtvollen Kranz nieder.
Frankensbad. Hier und in der Umgebung ist starkes Hochwasser eingetreten.
Paris. Bischof Robert von Marielle verbietet in einem Schreiben den Besuch der Weltausstellung, die nur der Sinnlosigkeit dienlich ist. — Die Pariser Dreiecksfabrikanten wollen nächsten Dienstag die Arbeit vollkommen einstellen. Sie verlangen 7 Franken Lohntage und kürzere Arbeitszeit. — Im Departement Gironde wurde ein heftiger Konflikt zwischen 1200 französischen und 600 italienischen Eisenbahnarbeitern die Entlassung von Truppen veranlaßt.
Die Berliner Börse eröffnete heute etwas fester als gestern, doch war dieselbe nicht frei von Schwankungen. Später traten Abkühlungen ein. Der Schluß war wieder befriedigt. Die Bankwerte unterlagen besonders Schwankungen. Wertpapiere waren ziemlich fest, deutsche Bahnen fast durchweg schwächer, Oesterreichische Bahnen vernachlässigt, fremde Renten erfuhrn Abdrückungen, besonders Egyptian, infolge der Ablehnung der Zustimmung Frankreichs zur Konvention der Egyptianen Egyptian. Im Kassaverkehr waren Banken schwächer. Eisenbahnen ruhig und wenig verändert, deutsche Fonds still, Industrien überwiegend abgefallen und niedriger, Oesterreichische Prioritäten gleichfalls schwächer. Vorkurskont 2 1/2 Proz.

Paris. Die getrigen Verhältnisse der Kommission des Senates machen das Zustandekommen einer Einigung mit der Deputirtenkammer in Bezug auf das Kommerzgesetz wahrscheinlich. Der Reichspräsident hat die Vernehmung der Republikaner unterbrochen.
Konstantinopel. Nach einer Mitteilung des „Reuter'schen Bureau“ hat die Flotte die Militärbehörden verurtheilt anzugreifen, mit möglicher Verurtheilung 5 oder 6 Tausende nach Krete zu entsenden.

Verliches und Zächisches.
 — Das Großkreuz des Königl. sächs. Albrechtsordens erhielt der Generalleutnant v. Blume, Kommandeur der 8. Division; das Großkreuz I. Kl. desselben Ordens der General a la suite, Generalmajor Graf Zind v. Zindenstein, Inspektur der Jäger und Schützen.
 — Der Reichshofrath Aug. Pathe bei der Firma G. Gumbel und Mann in Leipzig wie der Richter R. Ballbach und der Richter H. Schneider, beide in Jöhren, erhielten die große silberne Medaille „für Thue in der Arbeit.“
 — Der italienische Votschafter am Berliner Hofe, Graf Launay, hat sich auf kurze Zeit nach Dresden begeben.
 — Se. Excellenz, der Herr Justizminister Dr. v. Abeken, welcher mehrere Wochen lang durch Krankheit an's Zimmer gezeichnet war, hat nach eingetretener Genesung die Leitung der Geschäfte wieder übernommen.
 — Das vom Königl. Oberbaurathamt aufgestellte Pro-gramm des Königl. Hofes zur Feier des 80-jährigen Regenten-Jubiläums, bestimmt Folgendes: Sonnabend, den 15. Juni, Nachm. 4 30 Uhr: Eintragung einer Deputation der beiden Kammer der Stände-Versammlung. Nachm. 4 45 Uhr: Empfang der sachlichen Reichstags-Abgeordneten. Nachm. 5 Uhr: Hofball. 9 Uhr: Festsitzung der Studirenden der Hochschulen. — Sonntag, den 16. Juni, Vorm.: Festgottesdienst. Nachm. 1 30 Uhr: Beiläufige Musik-Concert. Des Königl. und Prinzl. Dienstes, der Königl. Staats-Minister, des Corps diplomatique, der Herren des Gesamtbausbes, Schönburg und des Grafen v. Scharnhorst, des Königl. Staats-Minister, der Präfekten des Regiments-Deputirten, der Preussischen Regiments-Deputirten, der Bayerischen Regiments-Deputirten, der Oesterreichischen Regiments-Deputirten, der Russischen Regiments-Deputirten. Abends 9 Uhr: Historisches Auer'sches Fest.
 — Montag, den 17. Juni, Vormittags 10 Uhr: Empfang der Deputation des Bundesrates, des Reichstages, der unabhängigen Deputationen. Nachm. 4 30 Uhr: Hofball. Abends 8 Uhr: Thé en famille und Reichshofball. — Dienstag, den 18. Juni, Vorm. 10 Uhr: Parade der Garde auf dem Lustgarten. Nachm. 3 Uhr: Enthüllung des Denkmals weiland Königl. Majestät des Königs Johann. Nachm. 5 Uhr: Galla-Fest. Abends 9 Uhr: Historisches Auer'sches Fest. — Mittwoch, den 19. Juni, Vorm. 10 Uhr: Beginn des Jubiläumsgnages. Nachm. 5 Uhr: Familienfest und Reichshofball. Abends 8 30 Uhr: Fest der Stadt Dresden auf der Brühl'schen Terrasse mit Feuerwerk. — Donnerstag, den 20. Juni, Nachm. 1 30 Uhr: Freiwiliger Schluß des außerordentlichen Landtages.
 — Bezüglich der zum persönlichen Dienste bei den eintretenden Kürslichkeiten beauftragten höheren Offiziere verlaunt Folgendes: Zu Sr. Majestät dem Kaiser Wilhelm: der Generalleutnant v. Solleben, gen. v. Normann, aus Leipzig, ferner der Oberst und Kommandant des Kaiser Wilhelm-Genade-Regiments Nr. 104 v. Enby und der Hauptmann v. Binan desselben Regiments. Zu Sr. Königl. Hoheit dem Großherzog Karl Alexander von Sachsen-Weimar-Eisenach: Oberst v. Lohow, Kommandant der Jettung Königl. und Hauptmann Volkmann vom 133. Infanterie-regiment. Zu Sr. Hoheit dem regierenden Herzog Ernst v. Coburg und Gotha: Oberstleutnant Reichner, Chef der Militär-Konstanten. Zu Sr. Hoheit dem regierenden Herzog Ernst v. Sachsen-Altenburg: Major Franz vom 105. Infanterie-regiment. Zu Sr. Königl. Hoheit dem Grafen Philipp v. Platen: der Major v. Brotemer, Oberstleutnant. Zu Sr. Königl. Hoheit dem Erbprinzen Otto von Sachsen-Weimar-Eisenach: Major v. Olin vom 134. Infanterie-regiment. Zu Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Alfred v. Siedow: Hauptmann Weigel des 12. Feld-Artillerie-regiment. Zu Sr. Königl. Hoheit dem Erbprinzen von Sachsen-Weimar-Eisenach: Hauptmann v. Laffert des 102. Infanterie-regiments und zu Sr. Hoheit dem Erbprinzen von Meiningen: Hauptmann v. Ehrenstahl vom 15. Jäger-Battillon.

— **Ankunft fremder Kürslichkeiten.** Heute früh 7 Uhr 40 Minuten trifft die Frau Herzogin von Genua, Königl. Hoheit, hier ein. Abends erfolgt die Ankunft ihrer Kaiserl. Hoheiten Erbprinz Otto und Erzherzogin Maria Josepha von Oesterreich. Morgen kommt Sr. Königl. Hoheit Graf Philipp von Platen an. Am Montag Abend kurz nach 8 Uhr trifft an dem Leipziger Bahnhofe der Großherzog und der Erbprinz von Sachsen-Weimar, Königl. Hoheiten, ferner die Herzöge von Sachsen-Altenburg und Sachsen-Coburg-Gotha und Sr. Hoheit der Erbprinz von Sachsen-Meiningen ein.
 — **Landtag.** Die 2. Kammer beschäftigte sich in ihrer gestern Mittag 12 Uhr abgehaltenen zweiten öffentlichen Sitzung, welcher die Herren Staatsminister v. Potitz-Kallwitz und Schr. v. Könnerth beiföhnten, mit der allgemeinen Vorbereitung des Königl. Dekrets, die Bewilligung von Unterstößen in Bezug auf die durch heftige Gewitter und Wasserbrüche in verschiedenen Theilen des Landes verursachten Wasser-schäden betreffend. Die Regierung beantragt darin, daß der Landtag die erwünschte, angesichts dieser Nothstände durch Beiföhren aus der Staatskasse nach Maßgabe der bei ähnlichen früheren Vorfällen erfolgenden Grund-sätze unterstützung einzutreten. Das Dekret faßt dabei die durch die bekannten Naturereignisse in den Bezirken der Walde und Pleße (W. Wal) in den Amtsbauhmannschaften Wlauen und Delantig am Oberrhein der weissen Elber (W. Elber), in der Gegend von Meisenbach, Wlauen und des Göltschthales (S. und A. Juni) und in den Amtsbauhmannschaften Weissen und Großschauen (S. und A. Mai) entstandenen Schäden in's Auge. Eine bestimmte Summe, auf welche sich die beantragte Ermäßigung zu erstrecken haben wird, ist nicht angegeben, da, wie das Dekret sagt, die Ermittlung der Schäden bei der Kürze der Zeit nicht soweit hat gefördert werden können, daß man heute schon ein zutreffendes Bild der ganzen Sachlage zu geben vermöchte und da es andererseits auch unthunlich erscheint, unbedingt bindende Normen für die zu bewilligenden Summen aufzustellen. Ganz unerwarteter Weise knüpfte sich an diese Vorlage eine längere Debatte. Abg. Georg Wlauen gab seinem Dank und seiner Freude über die Regierungsvorlage Ausdruck, glaubt, daß eine allgemeine Ermäßigung an die Regierung genügend sein und daß letztere nicht ausschließen wird, auch bei Schäden, welche etwa noch in weiteren Laufe des Jahres durch Wasserbrüche u. einreten würden, beiföh einzugehen. Redner beantragt, die Vorlage sofort in Schlußberatung zu nehmen und von der Stellung eines Referenten abzusehen. Abg. Hebel stellt zur Regierungsvorlage den Zusatzantrag „Und diese Ermäßigung auch auf ähnliche Nothstände auszudehnen, welche im Laufe dieses Sommers aus gleichen Ursachen entstehen sollten.“ Georg Wlauen wie Hebel's Antrag finden „weil die Unterstößen, Abg. Sped.-Mittels dankt namens seines Wahlkreises (Meisenbach u.), empfindet ohne Weiteres die Bewilligung der erforder-

Zur Weinfest
 am 18. Juni empfangen...
 St. v. Bobrowitz, Moritzstrasse 10.

Unterstützung...
 St. v. Bobrowitz, Moritzstrasse 10.